



Bundesnetzagentur

AUSGABE 1 | 2013

aktuell

Zeitschrift für Unternehmen, Verbraucher und Medien

www.bundesnetzagentur.de



Großes Echo auf bundesweite Breitband-Messkampagne

Aus dem Inhalt

Seite 5

Energiemarkt im Wandel

Seite 7

„Blackout“-Diskussion in Berlin

Seite 9

Wechsel in der Pressestelle

Bundesweite Breitbandmessung bestätigt Kundenbeschwerden

Die bundesweite Kampagne der Bundesnetzagentur zur Messung der tatsächlichen Geschwindigkeit von Breitbandanschlüssen hat ein großes Echo hervorgerufen. Die Ergebnisse dieser Studie bestätigen die Vielzahl der Kundenbeschwerden über Abweichungen zwischen der vertraglich vereinbarten „bis zu“-Bandbreite und der tatsächlichen Bandbreite. Über alle Technologien, Produkte und Anbieter hinweg haben die Nutzer oft nicht die Bandbreite vorgefunden, die ihnen als maximal mögliche Bandbreite von ihrem Anbieter in Aussicht gestellt wurde.

Der Studie liegt mit knapp einer Viertelmillion ausgewerteter Messungen eine sehr umfangreiche Datenbasis zugrunde. Dafür bedankte sich Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, ausdrücklich bei allen Teilnehmern. Für ein genaues Bild benötige die Bundesnetzagentur die Mithilfe der Internetnutzer, betonte er.

Parallel zur Studie hat die Bundesnetzagentur die Standardverträge der Anbieter untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass fast alle Anbieter gegenüber den Kunden flexible Angaben zur verfügbaren Bandbreite machen. Homann bemängelte, dass der Kunde nur sehr vage wisse, mit welcher Leistung er konkret rechnen könne. Auch nach erfolgter Schaltung bestehe „kein überschwängliches Bemühen“, dem Endkunden aktiv einen transparenten Überblick über die Leistungsfähigkeit des konkreten Anschlusses zu bieten. Jochen Homann freute sich, dass mit den aussagekräftigen Ergebnissen „wichtige Anknüpfungspunkte für einen konstruktiven Dialog mit den Unternehmen“ vorlägen, um die Transparenz zum Wohle des Endkunden zu erhöhen. „Ich hoffe“, so Homann, „die Anbieter werden sich jetzt bemühen, transparent zu machen, was der angebotene Internetzugang leisten kann.“

Messkampagne ausgeweitet

Zusätzlich hat die Bundesnetzagentur die erfolgreiche bundesweite Messkampagne ausgeweitet. Auf der Internetseite www.initiative-netzqualitaet.de können Internetnutzer noch bis Ende Juni 2013 überprüfen, ob der Datenverkehr bei bestimmten Anwendungen mit unterschiedlichen Datenraten transportiert wird.

Die Messungen dienen dazu, einen Überblick über den Status quo von wichtigen Teilaspekten der Netzneutralität in Deutschland zu erhalten.

Insbesondere wird untersucht, ob es z. B. Unterschiede zwischen Anbietern, verschiedenen Technologien oder ob es geographische Unterschiede gibt. Auch hier benötigt die Bundesnetzagentur für einen möglichst genauen Überblick die Mithilfe vieler Internetnutzer.

Ziel ist es auch hier, die Transparenz für die Kunden weiter zu erhöhen. Transparenz ist neben Wettbewerb und effizienten Wechselprozessen ein wichtiger Baustein zur Sicherung der Netzneutralität.

Die Auswertung der Vertragsinhalte und das Resultat der Messstudie sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur zu finden. Außerdem sind die Ergebnisse der Messkampagne auf folgender Internetseite veröffentlicht:

www.initiative-netzqualitaet.de.

Auf dieser Seite können darüber hinaus weiterhin Breitbandmessungen sowie Messungen zu bestimmten Aspekten der Netzneutralität durchgeführt werden.

Bundesnetzagentur bei Twitter

Die Bundesnetzagentur ist mit einem eigenen Auftritt zum Stromnetzausbau bei Twitter vertreten und bietet so die Möglichkeit der direkten Diskussion. „Die Nutzung von Twitter ermöglicht uns einen schnellen Dialog mit dem interessierten Bürger“, erklärte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur.

www.twitter.com/netzausbau



Bundesnetzagentur fordert reibungslosen TK-Anbieterwechsel

Effiziente Wechselprozesse der Telekommunikationsanbieter sind neben einer möglichst hohen Transparenz entscheidend für den Wettbewerb. Endkunden müssen auf die Angebote im Telekommunikationsmarkt reagieren und dann frei den gewünschten Anbieter und das passende Produkt auswählen können. Trotz neuer gesetzlicher Regelungen funktioniert der Anbieterwechsel allerdings häufig nicht reibungslos. Die Bundesnetzagentur hat seit der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes im vergangenen Jahr mehrere Tausend Beschwerden erhalten und sich individuell für deren Lösung eingesetzt. Wegen Verstößen gegen die gesetzlichen Regelungen hat die Bundesnetzagentur gegen mehrere Anbieter Bußgeldverfahren eingeleitet.

„Der Gesetzgeber wollte den Endkunden mit den Neuregelungen vor langwierigen Ausfällen beim Anbieterwechsel schützen. Seit Dezember des vergangenen Jahres muss der abgebende Anbieter im Falle eines Scheiterns des Wechselprozesses die Versorgung wieder aufnehmen. Die Unterbrechung darf zudem nicht länger als einen Kalendertag andauern“, erläuterte der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, die Gesetzeslage. Die Beschwerdezahlen zeigen, dass es in der Praxis bei einem Anbieterwechsel jedoch nach wie vor zu länger andauernden Unterbrechungen des Telefon- und Internetanschlusses kommen kann. „Ich appel-

liere noch einmal eindringlich an die Unternehmen, die gesetzlichen Vorgaben auch umzusetzen. Wie die eingeleiteten Bußgeldverfahren zeigen, werden wir die für Endkunden nicht hinnehmbare Situation nicht länger akzeptieren. Der unkomplizierte Anbieterwechsel ist eine Voraussetzung für funktionierenden Wettbewerb“, so Homann.

Forum Verbraucherschutz

Auch auf der gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ausgerichteten Veranstaltung in Berlin „Forum Verbraucherschutz Telekommunikation“ nahm das Thema „TK-Anbieterwechsel“ einen breiten Raum ein. Jochen Homann forderte die Marktakteure auf, sich konsequent die Perspektive des Verbrauchers vor Augen zu führen. „Wenn wir einen Verbraucher wollen, der sich im Vertrauen auf die Instrumente des Wettbewerbs in diesem Markt frei bewegt, dann muss er Leistung und Gegenleistung ohne große Hürden einschätzen können.“

Ziel des Verbraucherschutz-Forums war es, die verbraucherschutzrechtlichen Neuerungen im Telekommunikationsgesetz – gerade auch im Bereich des Anbieterwechsels – noch einmal intensiv zu erörtern und deutlich und transparent die Erfordernisse herauszuarbeiten.

Vectoring für ein schnelleres Internet

Die Bundesnetzagentur hat einen Entscheidungsentwurf veröffentlicht, der den Weg für ein schnelleres Internet durch die Einführung der Vectoring-Technologie im Netz der Telekom Deutschland GmbH (Telekom) ebnet. Nach dem Entwurf muss die Telekom ihren Wettbewerbern den Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung (TAL), der sog. letzten Meile, an den bisher noch nicht erschlossenen grauen Verteilerkästen am Straßenrand, den sog. Kabelverzweigern (KVz), grundsätzlich weiterhin

gewähren. Somit können auch in Zukunft alle Marktakteure überall KVz mit VDSL erschließen.

Unter besonderen Bedingungen kann die Telekom allerdings den Zugang zur KVz-TAL verweigern, damit sie selbst oder ein anderes Unternehmen dort Vectoring einsetzen kann. Voraussetzung für eine derartige Zugangsverweigerung ist, dass in dem Gebiet bereits ein zweites Festnetz existiert, die Telekom mehr KVz-TAL erschlossen hat als ein Wettbewerber und dort als Ersatz ein angemessenes

Bitstromprodukt anbietet. In Gebieten ohne zweite Festnetzinfrastruktur kann die Telekom dagegen keine Verweigerung aussprechen, wenn der Wettbewerber den KVz als Erster für Breitbandtechnik erschlossen hat, er Vectoring einsetzt und im Rahmen eines offenen Netzzugangs („Open Access“) ebenfalls ein angemessenes Bitstromprodukt offeriert.

Für KVz, die Wettbewerber bereits an ihr eigenes Netz angebunden haben, ändert sich erst einmal nichts. Hier können die Unternehmen die von der Telekom angemieteten KVz-TAL weiter für VDSL-Anschlüsse betreiben und dort auch künftig weitere Leitungen für VDSL schalten lassen. Allerdings kann die Telekom ab 2017 von den Wettbewerbern verlangen, dass sie an solchen KVz Vectoring einsetzen und ein Bitstromprodukt anbieten.

Dieses Prüfungsergebnis ermöglicht nach den Worten des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, auch künftig „eine flächendeckende Breitbanderschließung von KVz durch alle

Marktakteure“. Zugleich sei sichergestellt, dass „keine Gebietsmonopole“ entstünden, weder für die Telekom noch für die Wettbewerber. Nun könnten alle am Markt Tätigen die Vorschläge sorgfältig bis zum 10. Mai 2013 prüfen und eine Stellungnahme schreiben. Am 24. April 2013 findet zudem eine öffentliche mündliche Anhörung in Bonn statt. Anschließend wird der Entscheidungsentwurf der EU-Kommission und den nationalen Regulierungsbehörden der übrigen EU-Mitgliedstaaten für eine Stellungnahme übermittelt.

Mit Vectoring sind im heute bestehenden kupferbasierten Teilnehmeranschlussnetz höhere Übertragungsraten möglich, als dies bisher bei der schon fortgeschrittenen VDSL-Technik der Fall ist. Die Technik reduziert die gegenseitige Störung benachbarter Kupferdoppeladern eines Kabels. Nach dem derzeitigen Stand der Technik ist dafür allerdings nur der Zugriff eines einzigen Unternehmens auf alle Kupfer-Doppeladern am KVz möglich, ein entbundelter Zugriff damit – sofern es um den Einsatz von VDSL-Technik geht – aber nicht mehr.

Vorschlag für neue TAL-Entgelte

Der Entgeltvorschlag der Bundesnetzagentur für die Teilnehmeranschlussleitung (TAL), die sog. letzte Meile, sieht vor, dass die Telekom Deutschland GmbH (Telekom) ab dem 1. Juli 2013 monatlich 10,19 Euro von ihren Wettbewerbern für die Anmietung der TAL am Hauptverteiler (HVz) verlangen darf. Derzeit werden dafür 10,08 Euro im Monat fällig. Der Hauptverteiler ist der zentrale Punkt im Netz der Telekom, ab dem die einzelnen Kupferleitungen zu den Endkunden führen. Für den Zugang zur TAL an einem Kabelverzweiger (KVz), das sind die grauen Verteilerkästen am Straßenrand, darf die Telekom nach dem Entscheidungsentwurf ihren Wettbewerbern dagegen künftig nur noch 6,79 Euro monatlich statt bisher 7,17 Euro in Rechnung stellen.

Die moderate Erhöhung des Preises für den Zugang zur letzten Meile am Hauptverteiler und die Absenkung des Überlassungsentgelts für die kürzere KVz-Variante sind das Ergebnis eines sehr sorgfältig und transparent durchgeführten Genehmigungsverfahrens. Infolge des günstigeren Entgelts für die letzte Meile ab dem KVz und des größeren

preislichen Abstands zur HVz-TAL ist es für Wettbewerber künftig attraktiver, KVz zu erschließen und damit den Breitbandausbau in Deutschland weiter mit voranzutreiben. Die vorgeschlagenen Entgelte stellen einen fairen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessen der Marktakteure dar und bieten zusammen mit der erstmals vorgesehenen Laufzeit von drei, statt wie bisher zwei Jahren die Gewähr für stabile und berechenbare Rahmenbedingungen im deutschen Telekommunikationsmarkt.

Der Entgeltvorschlag wurde jetzt der EU-Kommission und den nationalen Regulierungsbehörden der übrigen EU-Mitgliedstaaten übermittelt, die dann innerhalb eines Monats Stellungnahmen abgeben können. Sofern die EU-Kommission keine ernsthaften Bedenken äußert, kann die Entscheidung ab dem 1. Juli 2013 endgültig in Kraft treten.



Jochen Homann während seiner Rede zum Verbraucherschutz

Der Energiemarkt im Wandel – Chancen und Risiken

Verbraucher können aktiv Einfluss nehmen

Der Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt, die steigenden Energiepreise und die Möglichkeiten des Anbieterwechsels waren Themen einer Veranstaltung von Bundesnetzagentur und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) in Berlin. Der vzbv und die Bundesnetzagentur haben in den letzten Jahren bereits gute Erfahrungen mit gemeinsamen Workshops zu Telekommunikationsfragen und Entwicklungen im Eisenbahnbereich gesammelt.

Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, machte deutlich, dass seine Behörde immer auch den Verbraucherschutz im Auge behalte. Die Bundesnetzagentur Sorge für einen diskriminierungsfreien Zugang zu natürlichen Monopolen – also zum Strom- und Gasnetz – und fördere so wettbewerbliche Strukturen im Strom-

und Gasmarkt. Die Bundesnetzagentur achte zudem konsequent darauf, dass die Verbraucher im Bereich der Netzentgelte nicht durch vermeidbare Kostensteigerungen belastet würden. „Wettbewerb ist kein Selbstzweck sondern eine tragende Säule für den Verbraucherschutz. Wo Wettbewerb herrscht, hat der Verbraucher durch sein Konsumverhalten Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen. Er sollte seinen Einfluss aber auch nutzen“, appellierte Homann.

Nach Homanns Worten waren die Bedingungen noch nie so gut, den Verbraucher zu einem aktiven Teilnehmer am Energiemarkt zu machen. Die Prozesse zum Wechsel des Lieferanten und für dezentrale Erzeugungseinrichtungen seien standardisiert und liefen inzwischen rund. Die Verbraucher hätten zudem mit der Schlichtungsstelle

Energie eine einfache und kostengünstige Möglichkeit, ihre Interessen durchzusetzen. „Es ist noch nicht alles optimal, aber wir brauchen nicht laufend neue Regelungen, wenn alle Akteure ihre Aufgaben erfüllen und ihre Möglichkeiten wahrnehmen. Das betrifft die Energieberatung, die Schlichtung, die Standardisierung von Verträgen und Prozessen, innovative Dienstleistungen der Lieferanten und guten Rechtsschutz vor Gerichten – auch unterstützt durch Verbraucherverbände.“

Die Möglichkeiten des Verbrauchers, Strom selbst zu erzeugen und dezentral zu nutzen, war ein weiterer Diskussionspunkt auf der Veranstaltung in Berlin. Der vzbv und Bundesnetzagentur warben gemeinsam dafür, bei der Entwicklung des sog. „Smarten Energiemarkts“ nach der Wertschöpfung für Kunden und Verbraucher zu suchen. Durchsetzen würden sich nur die Produkte, die dem Verbraucher einen wirklichen Nutzen lieferten und denen er vertrauen könne.

Die Bundesnetzagentur machte deutlich, dass die hohe Netzbetreiberdichte in Deutschland ein wettbewerbsrelevantes Thema ist. Homann: „Die große Zahl der Netzbetreiber in Deutschland und die bislang fehlende Standardisierung von Netzzugangsverträgen im Strombereich stellen sich als wesentlicher Kostentreiber für Lieferanten dar. Ein bundesweiter Anbieter von Strom muss derzeit über 800 Lieferantenrahmenverträge abschließen. Wenn die Stromverbände nicht verbindlichere Vorgaben schaffen, wird die Bundesnetzagentur das aufgreifen müssen. Eine privatwirtschaftliche Lösung würde die Behörde aber bevorzugen. Die Kooperationsvereinbarung Gas gibt hier ein gutes Beispiel.“

Einig waren sich vzbv und Bundesnetzagentur darüber, dass sich jeder, der sich auf die Sicherheit und die Qualität des Energieversorgungsnetzes verlasse, an den Kosten angemessen beteiligen müsse. Dies ist bei zunehmender dezentraler Erzeugung nicht mehr gewährleistet, denn sowohl für eigenverbrauchte Mengen als auch für die Einspeisung ins Netz werden keine Netzentgelte gezahlt.



Jochen Homann im Gespräch mit Gerd Billen vom vzbv



V. l. n. r.: Marc Elsberg, Dr. Max Rauner und Jochen Homann in der Diskussionsrunde

„Blackout“-Diskussion war auch in Berlin ein Erfolg

Nach dem „Blackout“-Erfolg in Bonn hat die Bundesnetzagentur den „Blackout“ auch in Berlin initiiert und zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Erfolgsautor Marc Elsberg eingeladen. Nach einer spannenden Lesung aus dem Roman „Blackout – Morgen ist es zu spät“ gab es im Berliner KulturKaufhaus Dussmann unter der Leitung des „Zeit“-Redakteurs Dr. Max Rauner eine angeregte Diskussion zwischen dem österreichischen Schriftsteller Marc Elsberg und dem Präsidenten der Bundesnetzagentur, Jochen Homann.

Vor vollem Haus schilderte Elsberg eindrucksvoll die Folgen für das öffentliche Leben und die öffentliche Ordnung, wenn mitten im Winter in Europa alle Stromnetze zusammenbrechen. Homann stellte heraus, der Autor sensibilisiere den Leser mit seinem Buch dafür, dass die „Stromversorgung ein höchst diffiziles System“ sei. Gerade mit Blick auf die Diskussionen zur Energiewende müsse dies immer im Hinterkopf bleiben. „Es dürfen nicht all zu

sorglos und ohne Rücksicht auf die Versorgungssicherheit immer neue Forderungen an die Energiepolitik formuliert werden. Die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir die Versorgungssicherheit nicht zur Disposition stellen“, appellierte Homann an die Zuhörer.

Auf Nachfrage skizzierte Jochen Homann noch einmal den gesetzlichen Rahmen: „Der Gesetzgeber hat im sog. Wintergesetz Maßnahmen ergriffen, um eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten. Dieses Gesetz liefert für einen Übergangszeitraum einen festen Rahmen zur Beschaffung von Reservekraftwerken. Diese Maßnahmen sind unvermeidbar, um kurzfristig die Versorgungssicherheit zu garantieren. Kein Marktmechanismus wird binnen Jahresfrist für die erforderlichen Kraftwerkskapazitäten in Süddeutschland sorgen können.“

Matthias Kurth mit Verdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet

Dem ehemaligen Präsidenten der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth, wurde in Berlin das Verdienstkreuz erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Aus den Händen des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Hans-Joachim Otto, nahm Matthias Kurth das Verdienstkreuz entgegen.

Neben zahlreichen ehemaligen Kollegen und langjährigen Weggefährten wohnte auch das komplette Präsidium der Bundesnetzagentur mit Präsident Jochen Homann, Vizepräsidentin Dr. Iris Henseler-Unger und Vizepräsident Peter Franke der Ordensverleihung im Bundeswirtschaftsministerium bei.

Staatssekretär Otto würdigte besonders die Verdienste Kurths „um Liberalisierung und Wettbewerb im Telekommunikations- und Energiesektor“. Maßgeblich habe Matthias Kurth den „hervorragenden Ruf“ der Bundesnetzagentur geprägt und sie zu einem „neutralen Schiedsrichter auf sich dynamisch entwickelnden Wettbewerbsmärkten“ gemacht. Es habe „viel Rückgrat und Mut gebraucht“ so Otto, „um dem geballten Widerstand gegen die Marktliberalisierung entgegenzutreten“. Daneben stellte Staatssekretär Otto auch das starke Engagement Kurths auf europäischer und internationaler Ebene heraus.



Staatssekretär Hans-Joachim Otto mit Matthias Kurth nach der Ordensverleihung



Jochen Homann (Bildmitte) mit Anette Fröhlich und Rudolf Boll

Wechsel an der Spitze der Pressestelle

Anette Fröhlich ist neue Leiterin

Als langjähriger Leiter der Pressestelle der Bundesnetzagentur wurde Rudolf jetzt in Bonn durch den Präsidenten der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, verabschiedet. Boll übernimmt innerhalb der Behörde eine international ausgerichtete leitende Funktion. Homann würdigte im Beisein der Vizepräsidentin Dr. Iris Henseler-Unger und des Vizepräsidenten Peter Franke, zahlreicher Journalisten als langjährigen Weggefährten Bolls auf der anderen Seite des Schreibtisches, Verbandsvertretern sowie der kompletten Pressestellenmannschaft und der zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Medienkompetenz Rudolf Bolls. Er habe durch seine verlässliche Kommunikation und sein fundiertes Fachwissen in allen regulierten Bereichen maßgebend den hervorragenden Ruf der Bundesnetzagentur gestaltet und gefestigt.

Anette Fröhlich ist die Nachfolgerin von Rudolf Boll. Sie leitet seit dem 16. April 2013 das neu geschaffene Referat „Presse, Büro Berlin, Sonderstelle Öffentlichkeitsarbeit“. Anette Fröhlich stammt aus Bayern, ist Juristin und war zuvor Leiterin des Hauptstadtbüros der Constantin Medien AG. Davor hat sie mehrere Jahre das Büro von Laurenz Meyer, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, geleitet. Mit Blick auf die anstehenden Themen, vor allem die Energiewende, wird die Bundesnetzagentur so den direkten Kontakt zu Politik, Verbänden und Medien verstärken und intensivieren.



V. l. n. r.: Heiko Maas, Jochen Homann und Dr. Iris Henseler-Unger
vor einem Funkmesswagen in Saarbrücken

Neuer Standort in Saarbrücken

Die Bundesnetzagentur ist in Saarbrücken mit insgesamt 92 Beschäftigten in eine neue Liegenschaft am Meerwiesertalweg / An der Trift umgezogen. In Anwesenheit des saarländischen Wirtschaftsministers, Heiko Maas, hat der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, den neuen Standort mit einer offiziellen Einweihungsfeier eröffnet. Er betonte in seiner Begrüßungsrede die Rolle der Bundesnetzagentur als wichtiger Arbeitgeber in dieser Stadt: „Der Umzug zeigt, dass es der Bundesnetzagentur sehr daran gelegen ist, langfristig Arbeitsplätze in Saarbrücken zu sichern.“ Das unterstrich auch Minister Maas. Er sei sicher, dass der neue Standort „eine gute Basis zur Weiterentwicklung der vielfältigen Tätigkeiten der Bundesnetzagentur“ in Saarbrücken darstelle.

Die Bundesnetzagentur hat in Saarbrücken ein breites Aufgabenspektrum. Hier gibt es u. a. Auskünfte zu Rufnummern bzw. Adressen für Polizei und Feuerwehren, wenn diese beispielsweise im Zuge von Ermittlungen oder Notfalleinsätzen

Identitätsfeststellungen vornehmen müssen. Im Bereich der Frequenzvergabe bzw. -koordinierung begleiten die Funkentstörkräfte der Bundesnetzagentur auch wichtige regionale Ereignisse mit hoher Medienpräsenz wie z. B. eine Landtagswahl. Sie sichern das ungestörte Arbeiten der Rundfunkanstalten, indem Überschneidungen mit anderen Frequenznutzern ausgeschlossen werden. Auch eine Reihe von internen Serviceaufgaben für die über das ganze Bundesgebiet verteilten Standorte der Bundesnetzagentur wird von Saarbrücken aus erledigt.

Kontakt zur Bundesnetzagentur
in Saarbrücken:

Bundesnetzagentur
An der Trift 40
66123 Saarbrücken

Telefon: 0681 / 9330 - 0



Bundesnetzagentur beim Halbmarathon in Bonn

Die Bundesnetzagentur ist nicht nur in ihren zahlreichen Aufgabengebieten erfolgreich, auch sportlich hat sie einiges zu bieten. Beim großen Bonnmarathon am Sonntag, 14. April 2013, war sie mit 14 Läuferinnen und Läufern für die Halbmarathondistanz in der Firmenwertung mit Erfolg am Start.

Monate der Vorbereitung lagen hinter den Sportlern, um die 21,097 km ohne Verletzungen und in einer guten Zeit zu bezwingen. Petrus spielte auf vorbildliche Weise mit. Bei leicht bedecktem Himmel gelegentlichem Sonnenschein und einer Temperatur von 15 °C waren nach dem langen, kalten und ungemütlichen Winter ideale Wetterbedingungen.

Nach dem Start führte die Route über die Bonner Kennedy-Brücke auf die andere Rheinseite. Dort wurde eine schöne Schleife durchlaufen, bevor es über dieselbe Brücke erneut Richtung Bonner City ging. Am Rheinufer wurde die Zehn-Kilometer-Marke passiert. Der Streckenverlauf führte am

Rhein entlang, passierte den bekannten „Langen Eugen“, der ehemals die Bundestagsabgeordneten beherbergte und jetzt Sitz verschiedener Organisationen der Vereinten Nationen ist, und brachte die Läuferinnen und Läufer zum renommierten Forschungszentrum CAESAR, das seit einigen Jahren in Bonn ansässig ist. Dort wurde gewendet und es ging zurück Richtung Innenstadt – nicht ohne in Blickweite am Dienstgebäude der Bundesnetzagentur, früher auch Abgeordnetenhochhaus, vorbeizulaufen.

Alle 14 gestarteten Läuferinnen und Läufer der Bundesnetzagentur kamen in bester Kondition ins Ziel – also eine 100-Prozent-Finisherquote mit teilweise neuen persönlichen Bestzeiten. Das war aber letztendlich nicht ausschlaggebend für rundum zufriedene Gesichter, sondern das gemeinsam erreichte Ziel bei bestem Läuferwetter, einem begeisterten Publikum und einer perfekten Strecke. Also hieß die Devise: Nächstes Jahr sind wir gemeinsam wieder dabei.



Ein Großteil der Läuferinnen und Läufer von der Bundesnetzagentur vor dem Start

Impressum

Herausgeber	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Presse und Öffentlichkeitsarbeit Tulpenfeld 4, 53113 Bonn Tel.: +49 228 14-9921 Fax: +49 228 14-8975 pressestelle@bnetza.de
Redaktion	Linda Sydow, Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Layout und Satz	Paul Preußner, Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktionsschluss	16. April 2013
Bildnachweis	Bundesnetzagentur, BMWi Seite 8
Erscheinungsweise	Viermal im Jahr
Druck	medienhaus Plump GmbH, Rheinbreitbach
ISSN	1867-6588
Abonnement	www.bundesnetzagentur.de